

- 53 3. »Deutsche Nation« in der Verfassung von 1968. Dieser Auffassung war auch die Verfassung von 1968 gefolgt. Das geht aus einer Äußerung Ulbrichts während der Verfassungsdiskussion hervor. Er antwortete auf die Frage, ob es eine deutsche Nation überhaupt gebe, bejahend. Er erläuterte, es gebe zwar zwei deutsche Staatsvölker, das Staatsvolk der Deutschen Demokratischen Republik und das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem existiere die Nation fort. Sie bestehe in der Gemeinsamkeit der Sprache, obwohl es auch da schon Nuancen gebe, und sie bestehe in der gemeinsamen Vergangenheit der Zugehörigkeit zu einem Staat. Die DDR fühle sich brüderlich verbunden mit der westdeutschen Arbeiterklasse, mit allen friedliebenden fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland. Die DDR sei auch interessiert daran, daß sich zwischen der DDR und der Arbeiterklasse und allen friedliebenden und fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland gute Beziehungen entwickelten (Neues Deutschland vom 17.2.1968). Damit charakterisierte er den Begriff »deutsche Nation« als einen Zustand, der historisch gewachsen ist und auch für Gegenwart und Zukunft Bedeutung hat, und behauptete gleichzeitig, das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands müsse unter dem Aspekt des Klassenkampfes gesehen werden.
- 54 4. Nachdem in der Regierungserklärung des damaligen Bundeskanzlers Brandt als Aufgabe der praktischen Politik in den nächsten Jahren bezeichnet worden war, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst werde (von Münch, Dokumente des geteilten Deutschland, Band II, S. 168), begannen die Verantwortlichen in der DDR, die Einheit der Nation zu leugnen. Den Anfang machte Walter Ulbricht auf seiner Pressekonferenz vom 19.1.1970 (Neues Deutschland vom 20.1.1970). Er meinte aber noch, diese Einheit gebe es auch in der Bundesrepublik nicht. Mit Nachdruck vertrat er die Auffassung, daß mit der Spaltung Deutschlands auch die deutsche Nation gespalten worden sei. Er führte aus: »In der Verfassung der DDR ist festgelegt, daß sie ein sozialistischer Staat deutscher Nation ist. Das ist klar. Wir gehen von den historischen Realitäten aus. Die Einheit der deutschen Nation ist vor über 20 Jahren mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates von den imperialistischen Westmächten und den reaktionären Kräften des westdeutschen Monopolkapitals zerstört worden. Man kann keine Einheit bewahren, die seit 20 Jahren nicht mehr existiert. Es bringt wirklich nichts ein, den Kopf in den Sand zu stecken und die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf Fiktionen gründen zu wollen.«
- 55 5. Im Zuge der von den DDR-Verantwortlichen immer mehr verstärkten Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wurde von ihnen seit etwa dem VIII. Parteitag der SED (15.-19-6.1971) die These vertreten, in der DDR entwickle sich eine neue sozialistische Nation.
- 56 6. Einen Höhepunkt der Entwicklung bildete die Verfassungsnovelle von 1974¹¹. Mit ihr wurde aus der Verfassung von 1968 jede Bezugnahme auf die deutsche Nation gestri-

¹¹ Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974 (GBl. I S. 425).